

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 08 66 848 ppbn d



Inhalt

Brigitte Traupe MdB, Berichterstatterin für den Verteidigungsetat im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages, trifft Feststellungen zum Verteidigungs-Etat: Es geht auch mit weniger Geld. Seite 1

Peter Kurz MfL weist auf mangelnde Lehrerversorgung in Bayern hin: Gemeinde greift zur Selbsthilfe. Seite 4

Buchbesprechung
Fritz Gäutier MdEP würdigt die jetzt in Buchform erschienene Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands zur Landwirtschaft. Seite 6

39. Jahrgang / 177

13. September 1984

Es geht mit weniger Geld

Feststellungen zum Verteidigungshaushalt 1985

Von Brigitte Traupe MdB
Berichterstatterin für den Verteidigungsetat im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages

Rechtzeitig vor der Einbringung des Bundeshaushaltes 1985 haben der Bundesverteidigungsminister, zivile und militärische Mitarbeiter zusammen mit einigen Pressevertretern das altbekannte Lied angestimmt: Der Bundeswehr fehlt es an Geld!

Geschickt wollte man damit Bundestagsabgeordneten und Teilen der Öffentlichkeit den Mut nehmen, vernünftige Fragen zu stellen:

Geht es denn im Verteidigungssektor nicht auch einmal mit weniger Geld?

Muß es wirklich ein überproportionaler Haushaltsanstieg von 3,7 Prozent nominal im Haushaltsjahr 1985 sein?

Warum hatte es der damalige Finanzminister Franz Josef Strauß 1968 geschafft, den Verteidigungsetat um gut zehn Prozent zu kürzen?

Warum wird heute jeder als Utopist, linker Spinner, nützlicher Idiot oder wenigstens als Idealist abgetan, der solche Fragen zu stellen wagt?

Und wann endlich begreifen wir, daß es eine absolute Sicherheit mit noch so viel Geld nicht geben wird?



Mit Hilfe der Logik, mit Nüchternheit, durch Rechnen und Sparen und aus Verantwortungsbewußtsein komme ich zu dem Ergebnis:

Es geht mit weniger Geld.

Es würde auch 1984 mit weniger Geld gehen.

In Bonn hält sich das Gerücht, im Verteidigungshaushalt 1984 könnten jetzt noch gut 500 Millionen DM eingespart werden. Zusätzlich hatten die Wehrpflichtigen - wie von uns Sozialdemokraten gefordert - bereits ab dem 1. Januar 1984 eine Wehrsoldanhebung erhalten können!

Aber sicherlich wird der Haushaltsausschuß stattdessen bald Anträge auf Umschichtung vorgelegt bekommen.

Und neue Wünsche werden entstehen, mögen sie auch unausgegoren sein!

Unausgegoren, streckenweise unvernünftig ist der vorliegende Entwurf des Verteidigungshaushalts 1985.

1. Er steigt überproportional zum Gesamthaushalt um 1,785 Milliarden DM oder von 48,141 Milliarden DM in 1984 auf 49,926 Milliarden DM in 1985.
2. Dies ist eine politische Entscheidung, die nicht von sachlicher Notwendigkeit bestimmt wird.
3. Die Bundeswehr ist schon heute eine der konventionell am besten ausgerüsteten Armeen der Welt, ja der "Mercedes" unter diesen Armeen.
4. Weitere Wünsche wie nach modernen Waffenträgern, nach intelligenten Waffen und Elektronik sind deshalb zum Teil nicht erfüllbar, weil die gewünschten Dinge nicht serienreif sind. Deshalb kann jetzt Geld eingespart werden.

Schaut man sich die großen Ausgabenblöcke an, dann fällt zunächst die Steigerung im Personalbereich auf, der 1985 41,8 Prozent des Gesamtetats ausmachen soll. Neben mehr zivilen Ausbildungsplätzen für junge Menschen ist der weitere Anstieg an Längerdienenden sicherlich sinnvoll. Alle anderen personellen Vorschläge müssen sorgfältig nachgeprüft werden, denn häufig fällt mir auf, daß die Hardthöhe, das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung und die Militärs die Neigung haben, bei vielen Anlässen in zu großer Zahl zu erscheinen. Gibt es in den jeweiligen Führungsetagen zu viele, die unterbeschäftigt sind? Braucht der Verteidigungsbereich tatsächlich über 2.000 zivile und militärische Mitarbeiter, die nach A 16 und höher besoldet werden? Allerdings fehlen ihm 20.000 Unteroffiziere.

Begrüßenswert ist das Bemühen um Sparsamkeit bei Materialunterhaltung und Betrieb.

Doch, haben das Ministerium alle guten Geister verlassen, daß es 1985 die Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Erprobung gleich um 562 Millionen DM oder 29 Prozent anheben will?

Um jeden Mißverständnis vorzubeugen: militärische Forschung und Entwicklung sind notwendig, aber doch nicht in solcher Massierung! Inzwischen kann man bei unseren



leistungsfähigen Industrieunternehmen sehen, daß es eine Zweibahnstraße zwischen militärischer und ziviler Forschung gibt. Ich bin davon überzeugt, daß hier eine weitblickende Politik helfen kann, industrielle Doppelforschung zu verhindern. Allerdings müssen wir unseren Rückstand in der Radartechnik und bei der Elektronik gegenüber den USA aufheben.

Immer wieder ärgert es mich, wenn durch eine zu frühe Serienproduktion und ein zu schnelles Zulaufen (zum Beispiel sechs Fregatten auf fünf Werften, 1.800 Leopard II in drei Großbetrieben) Kapazitäten genutzt, gehalten und erweitert werden, die hinterher auf Anschlußaufträge warten oder nach Rüstungsexporterleichterungen rufen.

Deshalb werde ich auch jetzt jährliche Steigerungsraten in einigen Beschaffungstiteln von 20 Prozent oder gar 30 Prozent nicht akzeptieren. Und - sind neue Systeme nicht serienreif, dann sollten sie jetzt auch nicht eingeführt werden! Die Nachrüstung würde noch einmal viel Geld kosten.

1985 steht unter anderem das amerikanisch-deutsche Patriot-Roland-Geschäft auf dem Prüfstein. Man hört, es gibt Probleme bei der Elektronik, der endphasengelenkten Munition und vor allem dem neuen Radar. Und vom Preis her. Im Januar 1984 sollte unser deutscher Anteil noch 4,45 Milliarden DM betragen, am Anfang dieses Monats hört man aus den USA, wir Deutschen müßten 7,8 Milliarden DM tragen.

Sehr schnell hatten sich zwischen Mai und Juli 1984 der Entwicklungskostenanteil für den Jäger 90 von circa 2,2 auf 3,7 Milliarden DM erhöht, obwohl noch gar nicht feststeht, wie viele europäische Staaten sich an dem Projekt beteiligen wollen und welche Anforderungen das Flugzeug erfüllen soll!

Herr Dr. Wörner senkt die Ausgaben für militärische Beschaffungen 1985 nur um ein Prozent der 129 Millionen DM. Hätte er das Format Franz Josef Strauß', wüßte er, daß er jetzt mehr sparen könnte. Doch er will und kann nicht aus falscher außenpolitischer Rücksichtnahme gegenüber den USA.

Wir Sozialdemokraten bejahen die Landesverteidigung, aber verurteilen eine Tabuisierung der Ausgabenhöhe.

Und wir wollen die finanzielle Lage der Soldaten und zivilen Mitarbeiter prüfen:

Immer noch wird die 2. Familienheimfahrt von den übrigen Bundesressorts nicht akzeptiert.

Immer noch gibt es viele Probleme für Frauen und Kinder.

Immer noch ist die Dienstzeitbelastung zu hoch.

Immer noch gibt es auch zivile Mitarbeiter im "Verwendungsstau".

Immer noch setzen Soldaten bei kürzeren Übungszeiten im Ausland eigenes Geld zu.

Darum wollen wir uns auch kümmern, denn auch engagierte zivile und militärische Mitarbeiter erhöhen die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr. (-/13.9.1984/ks/rs)

+ + +



Lehrerversorgung - in Bayern Fehlanzeige

Selbsthilfe der Gemeinden legt Bankrott der staatlichen Planung bloß

Von Peter Kurz MdL

Die Personalplanung der Bayerischen Staatsregierung im Schulbereich nimmt immer groteskere Züge an. Auf der einen Seite stehen voll ausgebildete Junglehrer auf der Straße, auf der anderen Seite sind übervolle Klassen und Unterrichtsausfälle an der Tagesordnung; allein in der Oberpfalz wird es im neuen Schuljahr 58 jahrgangsgemischte Klassen geben. Gerade in den Anfangsklassen sitzen zuviele Kinder; bis zu 34 dürfen es nach den Richtzahlen des Kultusministeriums sein.

Proteste von Eltern, Lehrern, Gemeinden und Politikern helfen in der Regel nichts. Deshalb sind die Betroffenen sogar bereit, zur Selbsthilfe zu greifen. Wie eine solche Selbsthilfemaßnahme aussehen könnte, habe ich am Beispiel der Gemeinde Litzendorf (bei Bamberg) in einer Schriftlichen Anfrage beschrieben:

In Litzendorf bei Bamberg hat der Gemeinderat auf Antrag der SPD-Fraktion beschlossen, für das Schuljahr 1984/85 eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) zur Einstellung eines arbeitslosen Junglehrers oder einer Junglehrerin beim Arbeitsamt Bamberg und bei der Regierung von Oberfranken zu beantragen. Der Grund: In der Grundschule von Litzendorf sollen im beginnenden Schuljahr 56 ABC-Schützen in zwei sehr große Klassen mit 29 beziehungsweise 27 Schülern gepflegt werden. Die Lehrer der Schule und die Schulleitung halten dies für pädagogisch unverträglich. Der Elternbeirat hat sich bemüht, diese Klassenbildung durch die Aufteilung der Kinder auf drei Klassen zu umgehen.

Weil nach staatlichen Richtzahlen kein Anspruch auf eine dritte Lehrkraft besteht, ist der Gemeinderat zur Selbst- und Mithilfe bereit; Er will 20 Prozent aus der Gemeindekasse für die Anstellung eines Lehrers nach ABM-Richtlinien bezahlen, um den pädagogisch unhaltbaren und unverantwortlichen Zustand in den Anfängerklassen zu vermeiden und den Kindern der Gemeinde guten Unterricht zu verschaffen.

Das Arbeitsamt Bamberg hat bereits Zustimmung signalisiert; die Lehrkräfte der Schule wollen sich solidarisch an der Finanzierung des Gehalts ihres Kollegen



beteiligen. Der Antrag liegt nun bei der Regierung von Oberfranken zur Genehmigung und zur arbeitsrechtlichen, schulaufsichtlichen, haftungsrechtlichen und versicherungsrechtlichen Prüfung vor. Auf Bitten der Litzendorfer Gemeinderäte habe ich den Fall parlamentarisch aufgegriffen, um eine Klärung der offenen Fragen noch vor Schuljahresbeginn zu erreichen. Ich will wissen, welche Voraussetzungen für eine solche Genehmigung gegeben sein müssen und ob das Einverständnis von Arbeitsamt und Schule sowie die Solidarität der Lehrer einer positiven Entscheidung über solche Anträge dienlich wäre. Vielleicht könnte Litzendorf gar Musterbeispiel werden: Sieht die Staatsregierung in einer solchen Maßnahme ein Beispiel oder ein Pilotprojekt im Hinblick auf eine ausreichende pädagogische Versorgung aller Schulen, besonders in ländlichen Gemeinden?

Freilich habe ich große Zweifel, daß die berechtigte pädagogische Forderung der Gemeinde Litzendorf erfüllt wird: Dieser Vorgang ist gleichbedeutend mit einem Bankrott der Personalplanung und der Unterrichtsversorgung an bayerischen Schulen. Der Kultusminister muß eingestehen, daß er stets vor dem Stellenstreichungsdiktat des Finanzministers kapituliert. Die Aktion von Schule und Gemeinde Litzendorf ist begrüßenswert, weil sie auf die katastrophale Unterrichtsversorgung an Schulen aufmerksam macht.

Falls die Staatsregierung aus irgendwelchen Erwägungen - und sei es der der Blamage - die Zustimmung zum Litzendorfer Modell verweigert, dann muß dies weitreichende Konsequenzen haben. Dann hat die Staatsregierung die Pflicht, im nächsten Doppelhaushalt 1985/86 die schulische Versorgung in Bayern personell durch den Stellenplan so abzusichern, daß es keiner ABM-Maßnahmen mehr bedarf. Ich wünsche, daß viele Städte und Gemeinden solche ABM-Anträge stellen und dadurch mithelfen, daß im bayerischen Schulbereich wieder Bewegung entsteht. (-/13.9.1984/ks/rs)

+ + +



B U C H B E S P R E C H U N G

Eine bedenkenswerte Denkschrift der EKD

"Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Wachsen und Weichen, Ökologie und Ökonomie, Hunger und Überfluß", Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands; Gütersloher Verlagshaus, 1984.

"Die Anwendung von marktwirtschaftlichen Prinzipien ist kein unumstößliches Gebot, sondern lediglich ein Mittel zur Steuerung von Angebot und Nachfrage ...".

"Gerade die Kirche muß immer wieder darauf hinweisen, daß es nicht nur die Freiheit der Konkurrenten am Markt zu bedenken gibt, sondern auch die Freiheit der wirtschaftlich weniger Starken, ihr Leben sozial erträglich gestalten zu können" (EKD-Denkschrift, Seite 46).

Wieder einmal macht eine EKD-Denkschrift von sich reden. Diese agrarpolitische Denkschrift gibt keine einfachen Rezepte, sondern ist sehr sorgfältig in der Analyse der Probleme und in ihren Vorschlägen. Sie ist deshalb wirklich zum Nachdenken geeignet.

Das Hauptanliegen der Denkschrift ist der Versuch, Orientierungshilfen zu geben, um

- die Zukunft der bäuerlichen Betriebe zu sichern
- die bedenklichen Folgen von intensivem Landbau und intensiver Tierhaltung zu vermeiden
- die langfristigen Lebensgrundlagen zu sichern und
- die Verantwortung für die Dritte Welt herauszustellen.

Gerade gegenüber der Dritten Welt steht die EG-Agrarpolitik häufig im Widerspruch zu der erklärten Entwicklungspolitik der EG. Hier vertritt die EKD-Denkschrift Positionen, wie sie auch die SPD schon lange fordert, nämlich Nahrungsmittelhilfe nur in Not- und Katastrophenfällen, ansonsten Förderung einer integrierten ländlichen Entwicklung verbunden mit einer Agrarreform und angepaßten Technologien.

Auch in der Agrarreformdiskussion zur Bekämpfung der EG-Agrarüberschüsse können sich Sozialdemokraten in der Denkschrift wiederfinden. Egal, ob Quotenlösung oder Preissenkungen, die EKD sagt deutlich (im Gegensatz zur CDU/CSU), daß flankierende Maßnahmen mit direkten Einkommensübertragungen dort notwendig sind, wo einkommenspolitische, soziale und ökologische Belange dieses erfordern. Die CDU/CSU und Herr Kiechle hätten sich besser diese Denkschrift durchgelesen, bevor sie über die Vorsteuerpauschale das Geld zugunsten der umsatzstarken Betriebe verschleudert haben.

Dr. Fritz Gautier MdEP

(-/13.7.1984/ks/rs)

+ + +

